

**Fraktion im Kreistag des  
Rheinisch-Bergischen Kreis**

Am Rüberzahlwald 7  
51469 Bergisch Gladbach  
Telefon 02202 / 132011  
Fraktion-rbk@dielinke-rbk.de  
www.dielinke-rbk.de

VR Bank e.G. Bergisch Gladbach  
IBAN: DE37370626003213624015  
BIC GENODED1PA

**Haushaltsrede der Kreistagsfraktion DIE LINKE.  
im Rheinisch-Bergischen Kreis**

anlässlich der Haushaltsverabschiedung in der Kreistagssitzung am 10.12.2015

Es gilt das gesprochene Wort.  
Sperrfrist: Beginn der Rede

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2016 gibt uns die Möglichkeit zu handeln!

Durch das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, welches ein Volumen für den Kreishaushalt von rund 4,8 Mio. € vorsieht, besteht die Möglichkeit bereits gebildete Rückstellungen für die Sanierung des alten Kreishauses in fast gleicher Höhe (nämlich 4,6 Mio.) durch die Förderung des eben genannten Gesetzes zu ersetzen.

Ob mit dem Geld zwingend ein zusätzliches Geschoss im Kreishaus gebaut werden muss, wie es die Kreisverwaltung vorschlägt, ist noch äußerst fraglich und bedarf weiterer Erklärungen und Beratungen.

Auch halten wir den Antrag der Freien Wähler, das Geld sofort in Gänze in den Breitbandausbau zu stecken, für verfehlt.

Erst im letzten Haushalt wurden dafür Mittel beschlossen. Im Sommer wurde noch einmal zu Lasten des Mobilitätskonzepts Kapazitäten für den Breitbandausbau bereitgestellt. Des Weiteren gibt es Förderungen durch Bund und Land.

Dies sollte erst einmal reichen. Warten wir die ersten Ergebnisse ab, dann kann über weitere Maßnahmen entschieden werden.

Viel drückender aus Sicht der Linksfraktion ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt im Rheinisch-Bergischen-Kreis.

Es fehlen durch einen jahrelang von der öffentlichen und privaten Hand versäumten sozialen Wohnungsbau hunderte bezahlbare Wohnungen.

Und das ist nicht erst der Fall seitdem Flüchtlinge in 2015 verstärkt zu uns kommen und bleiben. Dieses Problem bestand auch schon vorher. Kleine bezahlbare Wohnungen sind Mangelware am Markt.

Menschen mit geringem Einkommen und Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II finden kaum entsprechenden Wohnraum.

Auch haben wir uns darauf einzustellen, dass Flüchtlinge die nächsten Jahre menschenwürdig untergebracht werden müssen. Turnhallen sind nur Übergangslösungen.

Und solange dies alles nicht gewährleistet ist, sollte Breitband hinten anstehen.

Der Antrag der SPD, die Rheinisch-Bergische-Siedlungsgesellschaft 200 Wohnungen errichten zu lassen, zielt hier in die richtige Richtung, bleibt allerdings auf dem halben Wege stehen.

Zunächst einmal ist zu sagen, dass diese Wohnungen nur ein Anfang sein können. Sie sind bei weitem nicht ausreichend.

Zum anderen ist nicht ersichtlich, warum lediglich die RBS alleine hier tätig werden soll. Auch der Kreis selbst und die private Bauwirtschaft müssen aktiv werden.

Das Land NRW sieht gerade in ihren aktuellen Förderprogrammen weitreichende Hilfen vor, die für den Bau von Wohnungen im sozialen Bereich und für Flüchtlinge in Anspruch genommen werden können. Die NRW.Bank bietet ein weiteres Kreditprogramm an. Über diese Themen muss aufgeklärt werden.

Hierzu haben wir den Antrag eingebracht, einen runden Tisch zu initiieren, damit das Thema in aller Breite zwischen den Akteuren voran gebracht werden kann.

Und hier kann auch der RBK mit dem ihm nunmehr zur Verfügung stehenden Geld aktiv werden. Diese Chance sollten wir nutzen. Es ist eine lang herbeigesehnte einmalige Möglichkeit für den sozialen Wohnungsbau.

Und selbst wenn sich der Kreistag bei der Verabschiedung des Haushalts nicht der Forderung der Linksfraktion nach einem schnelleren Anschub des sozialen Wohnungsbau anschließen will, so sollten wir das Geld keinesfalls übereilt in den Breitbandausbau oder den Bau einer weiteren Etage des Kreishauses investieren.

Für diesen Fall sollten wir an die Kommunen denken und mit dem freiwerdenden Betrag unseren Fehlbedarf reduzieren, damit wir die Erhöhung der Kreisumlage zugunsten unserer Kommunen so weit wie möglich hinauszögern und im besten Fall nicht eintreten lassen.

Die Linke wird jedenfalls **nicht** einer Verwendung der freiwerdenden Gelder im Haushalt für einen erweiterten Ausbau des Kreishauses oder einer weiteren Förderung des Breitbandausbaus zustimmen.

Das Geld sollte entweder für einen Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau oder aber zur Beibehaltung der Kreisumlage genutzt werden.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**